

IDA-Infomail

Nummer 3

Juni 2023, 24. Jg.

Editorial	1
● Neues von IDA, IDA-NRW & OBR	2
● Vielfalt-Mediathek	7
● Mitgliedsverbände	9
● Aktion & Information	10
● Seminare & Tagungen	15
● Feier- & Gedenktage	18
● Impressum	19

Editorial

Fast einen Monat ist es her, dass sich die EU-Innenminister:innen auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt haben. Trotz umfangreicher Kritik aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und von Verbänden stimmte die deutsche Bundesregierung dem Kompromiss zu – und Innenministerin Nancy Faeser feiert ihn als einen Erfolg. Jetzt wird gewarnt vor den Auswirkungen.

Oft wird von Solidarität unter den EU-Staaten gesprochen, und von den Menschenrechten. Doch die GEAS-Reform hat damit wenig zu tun. Im Gegenteil – man fragt sich, inwiefern es solidarisch ist, dass das Asylrecht auf Druck von rechten Regierungen wie der Ungarns verschärft wird. Unterlassene Seenotrettung, illegale Zurückweisungen, Waffengewalt an den EU-Außengrenzen: Die Realität der Festung Europa hat mit Menschenrechten nicht viel zu tun und Expert:innen warnen vor weiteren Verschlechterungen durch die GEAS-Reform.

Pushbacks, Haft, Brutalität an den EU-Außengrenzen und elende Zeltlager sind jetzt schon die Realität für Asylsuchende auf dem Weg nach Europa. Die sogenannte Reform will dies legalisieren, mit Zustimmung der Bundesregierung. Und womit ist diese beschäftigt? Schönreden. Es sei eine „Verschlechterung für wenige“ und „Verbesserung für viele“. Dabei könnten durch Anwendung der Vorschläge alle Schutzsuchenden im Rahmen des Grenzverfahrens schon an den EU-Außengrenzen inhaftiert werden – damit anschließend in einem Schnellverfahren erst einmal

geprüft wird, ob sie überhaupt das Asylverfahren bekommen, auf das sie durch die EU-Grundwertcharta ein Anrecht haben.

Die Politik feiert sich dafür, dass der Minderjährigenschutz in den Entwurf aufgenommen wurde, während der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dies aufgrund fehlender Standards und Konkretisierungen kritisiert, die Minderjährige willkürlich dem Grenzverfahren aussetzen. Geflüchtete brauchen Schutz und Zugang zum Recht auf Asyl. Auch der Rat für Migration sagt: „Besser keine Reform als diese“, die zudem als ein Befeuern der Forderungen rechter Parteien und Regierungen nach Abschaffung des Schutzes für Geflüchtete gesehen wird.

Nur in den Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament, dem sogenannten Trialog, kann die Reform noch gestoppt werden – die deutschen Politiker:innen sprechen je nach Partei von Erfolgen oder von Bauchschmerzen, vor allem sprechen aber fast alle darüber, dass der Kompromiss notwendig und unvermeidlich wäre.

Fast einen Monat liegt diese Entscheidung nun zurück – und gefühlt ist sie schon wieder vergessen. Stattdessen wird aktuell in der gutverdienenden Oberschicht, die sich selbst als Mittelschicht betrachtet, über das Elterngeld für die wenigen Familien mit einem Haushaltseinkommen über 150.000 € diskutiert. Und die Menschenrechte von Menschen auf der Flucht sind schnell wieder vergessen.

Lea Winterscheidt

Neues von IDA e.V.:

■ IDA-Training über Antifeminismus und Umgangsstrategien für die Jugendarbeit

6. und 7. Oktober in der Jugendbildungsstätte Unterfranken in Würzburg

Der Begriff Antifeminismus taucht in der jüngeren Vergangenheit immer öfter in der Jugendarbeit und politischen Bildung auf, aber die Ideen davon sind schon lange da. Was Sexismus ist wissen die meisten in der Jugendarbeit – aber was ist eigentlich Antifeminismus genau?

Antifeminismus ist einerseits eine Gegenbewegung zu Emanzipation und der Gleichstellung der Geschlechter und andererseits ein eigenständiges Ideologiephänomen, das ein zentraler Bestandteil der extrem rechten Weltsicht ist. Antifeminismus hat eine hohe Anschlussfähigkeit für junge Menschen, u.a. weil antifeministische Narrative auf Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen und damit zusammenhängende Unsicherheiten in der Jugend zurückgreifen. Außerdem begegnen sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Social Media konstant, sie werden dort gezielt angesprochen mit antifeministischen Inhalten. Dies kann Auswirkungen auf ihr Selbstbild und ihre Weltsicht haben.

Vor diesem Hintergrund ist eine Auseinandersetzung mit Antifeminismus, seinen Erscheinungsformen und Wirkweisen sowie mit der Frage nach dem Umgang damit für die Jugend(verbands)arbeit wichtig. Beim IDA Training wollen wir uns über Antifeminismus informieren und gemeinsam schauen, wie Ehren- und Hauptamtliche in der Jugend(verbands)arbeit mit diesen Einflüssen pädagogisch umgehen können. Dazu gehört die Sensibilisierung für antifeministische Narrative und ihre Nähe zu extrem rechter Ideologie und das Erarbeiten von Argumentationsstrategien.

Das IDA-Training richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche, die in der Jugend(verbands-) und -bildungsarbeit tätig sind, Trainer:innen in der Bildungsarbeit und alle weiteren Interessierten. Wir setzen die Bereitschaft voraus, sich kritisch mit der eigenen Haltung und Arbeitspraxis auseinanderzusetzen.

Referent:innen

- Sebastian Seng,
Bildungsreferent des IDA e. V.
- Lea Winterscheidt,
Bildungsreferentin des IDA e. V.

Zeitplan

Anreise Freitag, 6. Oktober bis 13:30 Uhr

Abreise Samstag, 7. Oktober ab 15:30 Uhr

Tagungsort

Jugendbildungsstätte Unterfranken

Berner Str. 14

97084 Würzburg

info@jubi-unterfranken.de

<https://jubi-unterfranken.de/>

Anmeldung und Information

Anmeldeschluss ist der 10. August 2023.

Die Anmeldung erfolgt über das Anmeldeformular auf unserer Website unter <https://tinyurl.com/5n98scrb>. Alle Informationen zum Seminar finden Sie dort.

Für Fragen und weitere Informationen stehen Lea Winterscheidt und Sebastian Seng zur Verfügung:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

02 11 / 15 92 55-65

info@idaev.de

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/5n98scrb>.

■ Artikel „Grundlagen moderner rassistisch-kritischer Bildungsarbeit“ von Ansgar Drücker erschienen



Für das neu erschienene Buch „Den Begriff „Rasse“ überwinden. Die Jeaner Erklärung in der (Hoch-)Schulbildung“ hat Ansgar Drücker für IDA e.V. einen Artikel beigesteuert.

Der Artikel mit dem Titel „Grundlagen moderner rassistisch-kritischer Bildungsarbeit“

leistet einen Beitrag zum Thema der Publikation aus der Perspektive der außerschulischen Bildungsarbeit von IDA e.V.. Das Buch ist online verfügbar (Open Access) unter <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.35468/9783781560086>.

Neues von IDA-NRW und der OBR:

■ IDA-NRW mit Mevlüde-Genç-Medaille des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) wurde mit der Mevlüde-Genç-Medaille des Landes ausgezeichnet. Die Fachstelle, die 1994 als Reaktion auf den rassistischen Anschlag in Solingen gegründet wurde, ist mittlerweile eine landesweit anerkannte Institution im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Die Auszeichnung wurde am 26. Mai 2023 von Ministerpräsident Hendrik Wüst verliehen.

Die Arbeit von IDA-NRW konzentriert sich auf Präventionsarbeit, Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie den Abbau diskriminierender Einstellungen und Verhaltensweisen. Die Fachstelle fördert Selbstreflexion und Veränderungsbereitschaft und setzt sich für eine demokratische und postmigrantische Gesellschaft ein. Angesichts der weit verbreiteten rassistischen, antisemitischen und rechten Einstellungen und Gewalt in der Gesellschaft ist die Anerkennung von IDA-NRW als Fachstelle besonders wichtig.

Die Auszeichnung erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von institutionellem und strukturellem Rassismus in Deutschland. IDA-NRW legt den Fokus nicht nur auf die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Einstellungen, sondern auch auf proaktives Handeln und den Abbau von Diskriminierung. Politische Bildungsarbeit spielt dabei eine entscheidende Rolle für eine nachhaltige gesellschaftliche Veränderung.

Ministerpräsident Hendrik Wüst betonte die Bedeutung des Kampfes gegen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus und lobte das Engagement von IDA-NRW. Die Mevlüde-Genç-Medaille des Landes Nordrhein-Westfalen wird dem Verein als Anerkennung für seine Verdienste verliehen. Die Medaille symbolisiert das Vermächtnis von Mevlüde Genç, die sich für kulturelle Verständigung und Toleranz einsetzte. IDA-NRW sieht diese Auszeichnung als Ehre und Wertschätzung für ihre Arbeit an.

Die Mevlüde-Genç-Medaille unterstreicht die Bedeutung der Antirassismusbearbeitung von IDA-NRW und würdigt das langjährige Engagement im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Die Fachstelle wird weiterhin informieren, aufklären, Prävention betreiben und zur Bekämpfung von Diskriminierung beitragen. Die Auszeichnung ist ein Ansporn für IDA-NRW, sich auch in Zukunft für eine gerechte und tolerante Gesellschaft einzusetzen.



Karima Benbrahim, Leiterin IDA-NRW mit der verliehenen Medaille

■ Re_Struct Fachtag „Beyond the Basics“ – Impulse und Austausch im Kontext von institutionellem Rassismus

Das Problembewusstsein für Rassismus in Organisationen ist in den letzten Jahren gewachsen und es werden immer mehr Fortbildungen zu diesem Thema in Anspruch genommen. Allerdings stellen Fachkräfte und Teams oft fest, dass weiterführende Qualifizierungen und Maßnahmen innerhalb der Institutionen notwendig sind. Diese Wahrnehmung deckt sich auch mit der Analyse von externen Referent*innen. Gleichzeitig geht der nächste Schritt oft mit vielschichtigen Herausforderungen, Grenzen, aber auch Möglichkeiten einher. Hierzu wollen wir eine Plattform in Form einer Fachtagung schaffen, die sich über die Grundlagen hinaus, also „Beyond the Basics“, mit Impulsen zu möglichen Maßnahmen und Lösungsstrategien befasst. Dazu wird es neben Workshops, Keynote und Podiumsdiskussion auch die Möglichkeit zur Vernetzung geben.

Die Veranstaltung richtet sich an Fachkräfte, Engagierte und Leitungspersonen, die bereits Grundkenntnisse im Bereich Rassismuskritik erworben haben und nun daran interessiert sind, die nächsten Schritte zur Förderung rassismuskritischer Strukturen in ihren Einrichtungen zu unternehmen. Das Ziel ist es, diesen Teilnehmenden und Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und konkrete Handlungsoptionen zu entwickeln. Durch die Kooperation zwischen der FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW und dem Projekt Re_Struct der Fachstelle IDA-NRW, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung NRW, wird ein breites Spektrum an Fachwissen und Erfahrungen geboten, um den individuellen Bedürfnissen und Anliegen der Zielgruppe gerecht zu werden.

Die Veranstaltung findet am 27. August 2023 in Düsseldorf statt. Weiterführende Informationen

■ **Projekt.kollektiv: „(em)power (e)motion – Dein Festival für Bildung und Begegnung im Kontext Flucht, Migration und Postmigration“ geht in die nächste Runde!**



Dein Festival für Bildung und Begegnung
im Kontext Flucht, Migration und Postmigration

Die Kooperationsveranstaltung der Projekte Q_munity (Fachstelle Queeres Netzwerk NRW) und projekt.kollektiv (IDA-NRW) findet in diesem Jahr als mehrteilige Reihe statt – und mit dem Fokus „Communities. Gemeinsam. Gestalten.“

Nach einem gelungenen und inspirierenden Auftakt im Juni freuen wir uns auf Tag 2 der Reihe mit dem Schwerpunkt „Gemeinsam.“ am Samstag, den 02.09.2023 in der Alten Feuerwache Köln. Hier wird es spannende Workshop-Angebote

sowie gemeinsame Phasen für junge interessierte Menschen, Multiplikator:innen und Fachkräfte geben. Wir freuen uns darauf, erneut einen gemeinsamen Lern-, Erfahrungs- und Begegnungsraum im Kontext rassismuskritischer und queerer Perspektiven und Auseinandersetzungen entstehen zu lassen.

Weitere Infos und Updates erfolgen über unsere Social Media Kanäle @projekt.kollektiv und @q_munity_nrw, sowie die Website des IDA-NRW.

■ **Fachbereich Re_Struct des IDA-NRW veröffentlicht Trainingskarten „Da war doch was!“**

Der Fachbereich Re_Struct des IDA-NRW hat kürzlich das Kartenset "Da war doch was!" veröffentlicht. Mit insgesamt 68 Trainingskarten bietet es pädagogischem Fachpersonal in der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie in schulischen und außerschulischen Kontexten eine wertvolle Unterstützung im Umgang mit rassistischer, antisemitischer und extrem rechter Gewalt.

Rassismus, Antisemitismus und extrem rechte Gewalt sind keine Randphänomene, sondern tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Um dieses Bewusstsein zu schärfen und Grundlagenwissen zu vermitteln, eignet sich das Kartenset ideal. Es enthält fünf Themenblöcke, darunter Begriffe, Grundlagen zu rassismuskritischen Ansätzen und Informationen zur rassistischen/antisemitischen Gewalt in Deutschland. Zudem bietet es Anregungen zur Erinnerungsarbeit, insbesondere zum Solinger Brandanschlag von 1993. Ein weiterer Themenblock lädt zur Reflexion über den Umgang mit Gewalttaten ein.

Das Kartenset ist eng mit den rassismuskritischen Bildungsmaterialien zu "Rassismuskritik und dem Solinger Brandanschlag 1993" verbunden, die auf der Webseite www.da-war-doch-was.de zur Verfügung stehen. Ergänzend dazu wurde der Band "'Da war doch was!' – Der Brandanschlag in Solingen 1993. Hintergrundwissen und rassismuskritische Materialien für

die pädagogische Praxis" im Verlag Beltz Juventa veröffentlicht.

Entwickelt wurde das Kartenset vom Fachbereich Re_Struct des IDA-NRW, der zum Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen gehört. Re_Struct wird durch die Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben! gefördert. Ziel ist es, rassistisch-kritische und intersektionale Perspektiven für Institutionen und Träger der politischen Bildung anzuregen und weiterzuentwickeln.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.ida-nrw.de/unsere-publikationen/bestellung> und <https://www.ida-nrw.de/unsere-fachbereiche/re-struct>.

■ Erneute Zunahme rechter Gewalt in NRW – Jahresbilanz rechter Angriffe 2022

Nordrhein-Westfalen verzeichnet erneut eine besorgniserregende Zunahme rechter Gewalttaten, wie aus der aktuellen Jahresbilanz der Fachberatungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt hervorgeht.

Die Fachberatungsstellen Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp haben insgesamt 371 Fälle rechter Gewalt mit mindestens 501 direkt betroffenen Personen erfasst. Es ist jedoch anzumerken, dass eine beträchtliche Anzahl von Verdachtsfällen aufgrund fehlender Informationen nicht in die offizielle Statistik aufgenommen werden konnte. Dies lässt vermuten, dass die tatsächliche Dunkelziffer rechtsmotivierter Gewalt deutlich höher ist.

Besonders besorgniserregend ist der Anstieg von Körperverletzungsdelikten. Im Jahr 2021 wurden 158 solcher Delikte registriert, während es im Jahr 2022 bereits 205 waren. Darunter waren drei versuchte Tötungen/schwere Körperverletzungen, 74 gefährliche und 128 einfache Körperverletzungen.

Diese alarmierenden Zahlen verdeutlichen die gefährliche Dimension rechter Ideologie und zeigen, dass rechte Gewalt eine reale Bedrohung für die Sicherheit und das Wohlbefinden ganzer Gruppen und Gemeinden darstellt. Die Fachberatungsstellen appellieren an die Zivilgesellschaft und politische Verantwortungsträger, sich solidarisch zu zeigen und den Stimmen der Betroffenen mehr Gehör zu schenken.

Rassismus bleibt weiterhin das vorherrschende Tatmotiv bei rechter Gewalt. Es ist von großer Bedeutung, Rassismus als ein Problem anzuerkennen, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Rassistische Angriffe werden nicht nur von organisierten Täter:innen verübt, sondern sind auch eine schmerzhafteste Realität für die Betroffenen im Alltag.

Zudem hat die Anzahl der Angriffe auf politische Gegner:innen zugenommen. Menschen, die als politische Gegner:innen wahrgenommen werden, sind vermehrt Bedrohungen und Nötigungen seitens der organisierten Rechten ausgesetzt. Diese Angriffe zielen darauf ab, betroffene Personen zu verdrängen und ihre Stimmen zum Schweigen zu bringen, indem sie ihre sicheren Rückzugsräume gefährden.

Die Fachberatungsstellen kritisieren außerdem die unzureichende Anerkennung rechter Tatmotivation seitens der Ermittlungs- und Justizbehörden. Ein beispielhaftes Ereignis, das diese Problematik verdeutlicht, ist die Tötung von Malte C. am 27.08.2022 während des CSD in Münster, bei der eine queerfeindliche Motivation vermutet wird. Durch die Vernachlässigung der rechten Tatmotivation werden die Ausmaße rechter Gewalt und deren Folgen für die Betroffenen unsichtbar gemacht und verharmlost.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.opferberatung-rheinland.de und www.backup-nrw.org.

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek stellt in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt und neue Materialien vor. Zur Anmeldung geht es [hier](#).



■ cultures interactive e.V. (Hg.): **Extrem neutral? Verfassungs-, Sozial- und Datenschutzrecht: Anforderungen und Potenziale für politische Bildung, Extremismusprävention, Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen Kindern und Jugendlichen**

2022, 61 S., Fachinformation, Arbeitshilfe/Unterrichtsmaterial

In der schulischen sowie außerschulischen politischen Bildungsarbeit kommt es immer wieder zu tiefgreifenden Verunsicherungen über den Umgang mit rechtsextremen, diskriminierenden und antidemokratischen Sichtweisen. Das vorliegende Gutachten hat sich mit dieser Verunsicherung und der darauf basierenden Frage, ob der Staat in der politischen Bildung "Extrem neutral" sein müsse, auseinandergesetzt.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/4pb958xa>.



■ Bundesarbeitsgemeinschaft "Ausstieg zum Einstieg" (Hg.): **Wie umgehen mit (extrem) rechten Frauen* und Mädchen*? Zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote und Handlungsempfehlungen**

2022, 8 S., Fachinformation, Arbeitshilfe/Unterrichtsmaterial

Die Broschüre richtet sich an Fachkräfte aus allen Bereichen der Sozialen Arbeit, welche entweder mit rechten Frauen und Mädchen in Kontakt sind oder sich präventiv mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Sie informiert über die Arbeitsweise der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung mit Blick auf die besondere Situation von Frauen und Mädchen, enthält praxisorientierte Tipps für Fachkräfte und gibt einen Überblick über die Anlauf- und Beratungsstellen deutschlandweit.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/4pv289n4>.

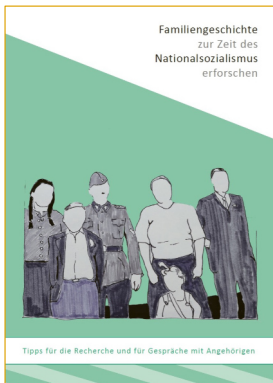


■ Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (Hg.): **Flucht aus der Ukraine. Herausforderungen und Chancen für die Migrationsgesellschaft**

24 S., Fachinformation

Der Angriffskrieg Russlands führte dazu, dass Millionen Menschen die Flucht aus der Ukraine antreten mussten. Knapp über eine Million Ukrainer:innen sind in Deutschland als Geflüchtete registriert. Was hat diese große Fluchtbewegung, in dieser kurzen Zeit für Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft in Deutschland? Dieser Frage geht die Publikation nach. Sieben Beiträge nehmen sich aus unterschiedlicher Perspektive dieser Frage an.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/yckbvmfy>.



■ offensiv'91 e.V. (Hg.): Familiengeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus erforschen. Tipps für die Recherche und für Gespräche mit Angehörigen

Berlin, 2021, 39 S., Fachinformation

Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2020 glauben fast ein Drittel der Befragten, dass ihre Angehörigen während des Nationalsozialismus Widerstand geleistet und Verfolgte unterstützt hätten. Das ist eine groteske Fehleinschätzung. Sie ist bestimmt von den Abwehrerzählungen der Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus gelebt haben. Die Broschüre gibt Tipps für die eigene Recherche und will dazu ermutigen, die eigene Familiengeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus zu erforschen.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/sz4w9r9t>.



■ Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) „Eine Waffe im Informationskrieg“. Demokratiefeindliche Narrative in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

2022, 56 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Um die Gesellschaft zu spalten, versucht Russland gezielt rechtsextreme und verschwörungsideologische Milieus durch Kampagnen zu stärken. Wie dies geschieht und welche Strategien und Mittel der Kreml dabei anwendet, zeigt die Analyse. Sie hat außerdem Handlungsmöglichkeiten für Akteure aus unterschiedlichen Bereichen (Politik und Verwaltung, Medien, Schule und Bildungsträger) sowie für den privaten Umgang erarbeitet, um auf Angriffe reagieren zu können.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/2b8justb>.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der:die Autor:in bzw. tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Neues aus den Mitgliedsverbänden:

■ Jugendpolitisches Forum der djo - Deutsche Jugend in Europa „Jugend > Migration > Zukunft“

Die djo – Deutsche Jugend in Europa lädt am 6. Juli 2023 zu einem jugendpolitischen Forum ein. Gemeinsam mit Vertreter:innen aus Jugendverbänden, postmigrantischen Strukturen, Politik und Forschung werden die aktuellen Herausforderungen und Chancen von jugendpolitischem Engagement diskutiert. Es werden Themen wie Jugendstrukturen, Rassismuskritik und die Jugendsperspektive in Migrationsthemen behandelt. In verschiedenen Foren wird eine konstruktive und offene Austauschplattform geboten, um Expertise zu bündeln und Zukunftsperspektiven zu erörtern. Weitere Informationen finden sich unter <https://djo.de/events/jugend-migration-zukunft-gemeinsam-mehr-bewegen/>.

■ djo – Deutsche Jugend in Europa veranstaltet Sommertreffen

Vom 7. bis 11. August findet das djo-Sommertreffen statt und verspricht fünf aufregende Tage voller kreativer Workshops und künstlerischer Aktivitäten. Jugendliche und Interessierte haben die Möglichkeit, sich in Filmen, Rappen, Podcasting und Theater der Unterdrückten auszuprobieren. Das diesjährige Thema widmet sich der performativen Weiterarbeit an "der besten aller Welten".

Neben den spannenden Workshops erwartet die Teilnehmer:innen ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm mit Ausflügen, Bootsfahrten, Grillen und gemeinsamen musikalischen Sessions. Das Sommertreffen bietet zudem eine einzigartige Gelegenheit, Menschen aus verschiedenen djo-Gruppen kennenzulernen und sich kulturell auszutauschen.

Das djo-Sommertreffen richtet sich an Jugendliche, junge djo-Mitglieder und externe Interessierte, die ihre kreative Seite entfalten, neue Kontakte knüpfen und den djo-Verband besser kennenlernen möchten. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://djo.de/events/djo-sommertreffen-2/>.

Stellungnahmen, Pressemitteilungen, News

■ BMB: Bundestag muss beim Demokratiefördergesetz nachbessern

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) begrüßt das Demokratiefördergesetz, sieht jedoch Leerstellen im aktuellen Entwurf. BMB-Sprecher Heiko Klare betont, dass Förderdauer und Förderrichtlinien fehlen und zivilgesellschaftliche Projekte mit befristeten Verträgen und fehlenden Perspektiven konfrontiert sind. Klare appelliert an den Bundestag, das Gesetz zu verbessern und die Zivilgesellschaft nachhaltig einzubeziehen.

Weitere Informationen finden sich unter <https://bundesverband-mobile-beratung.de/artikel/bmb-im-bundestag-warum-das-demokratiefordergesetz-unerlaesslich-ist/>.

■ DVPB warnt vor Entkernung und Instrumentalisierung der politischen Bildung

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) hat Bedenken hinsichtlich des Demokratiefördergesetzes geäußert und warnt vor einer möglichen Entkernung und Instrumentalisierung der politischen Bildung. Die DVPB betont die Wichtigkeit einer unabhängigen, kritischen und pluralistischen politischen Bildung für eine lebendige Demokratie. Sie sieht das Demokratiefördergesetz kritisch und mahnt, dass politische Bildung nicht zur politischen Steuerung oder Manipulation missbraucht werden sollte. Eine unabhängige politische Bildung ist essentiell, um Demokratiekompetenz zu fördern und Bürger:innen zu mündigen, kritischen und informierten Teilnehmer:innen in einer demokratischen Gesellschaft zu erziehen. Die Pressemitteilung und die Stellungnahme der DVPB für die Ausschussanhörung im Bundestag lassen sich nachlesen unter <https://dvpb.de/>.

Darüber hinaus kritisiert die DVPB das Asylbewerberleistungsgesetz, das vielen Geflüchteten lediglich Leistungen gewährt, die unter dem menschenwürdigen Existenzminimum liegen. Oftmals werden Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt, die zu Diskriminierung und Entmündigung der Betroffenen führen können. Zudem werden

Geflüchtete oft von den Maßnahmen der Arbeitsförderung weitgehend ausgeschlossen, da sie nicht in das reguläre Sozialleistungssystem integriert sind. Die DVPB unterstützt einen Appell von über 60 Organisationen zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und setzt sich für gleiche Standards und soziale Teilhabe aller Geflüchteten ein.

Weitere Informationen finden sich unter www.proasyl.de/asylbewerberleistungsgesetz.

■ Konkrete Visaerleichterungen für syrische und türkische Erdbebenopfer mit Familien in Deutschland

In einem offenen Brief an die Bundesregierung appellieren Organisationen und Bürger:innen an die Außenministerin Annalena Baerbock und die Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Visaerleichterungen für syrische und türkische Erdbebenopfer zu ermöglichen. Familienangehörige in Deutschland möchten ihre betroffenen Angehörigen unterstützen, stoßen jedoch auf bürokratische Hindernisse bei der Visaerteilung, wie fehlende Papiere und Verlängerungsschwierigkeiten von Besuchsvisa.

Die Unterzeichner:innen betonen die humanitäre Notlage der Erdbebenopfer, die ohne ausreichende Unterkünfte, Nahrung und medizinische Versorgung dastehen. Es wird gefordert, flexible und unbürokratische Einreisemöglichkeiten zu schaffen, um den Betroffenen zu helfen. Dazu gehören die Akzeptanz alternativer Dokumente, Anpassung von Verpflichtungserklärungen und Berücksichtigung der Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Nachweisen.

Die Forderungen nach Visaerleichterungen werden von verschiedenen Organisationen und Bürger:innen unterstützt, die sich für humanitäre Hilfe in Krisen- und Katastrophengebieten einsetzen. Es bleibt abzuwarten, wie die Bundesregierung auf den offenen Brief reagieren wird. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://fluechtlingsrat-rlp.de/offener-brief-zu-den-erdbeben-in-der-tuerkei-und-in-syrien>.

■ Vorstellung des Abschlussberichtes des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) im Bundesministerium des Innern und für Heimat

Staatssekretärin Juliane Seifert hat am Donnerstag, 29. Juni 2023, den Abschlussbericht "Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz" des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) entgegengenommen. Gemeinsam mit Mitgliedern des UEM wurde der Bericht anschließend in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Um die Anstrengungen im Kampf gegen Muslimfeindlichkeit zu intensivieren, hatte das BMI im September 2020 nach den rassistisch motivierten Anschlägen in Hanau vom 19. Februar 2020 den UEM einberufen. Der UEM hat sich in den vergangenen drei Jahren hat sich der UEM in grundlegender Weise mit dem Phänomen Muslimfeindlichkeit auseinandergesetzt und Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit in Deutschland analysiert. Der UEM war in seiner Arbeit und hinsichtlich des Abschlussberichts unabhängig.

Der UEM hatte sich zum Ziel gesetzt, ein bisher wenig beachtetes und ebenso kaum erforschtes Phänomen in seinen offenen und subtilen Erscheinungsformen sowie Wirkungsweisen beschreibbar zu machen. Außerdem soll deutlich werden, weshalb Muslimfeindlichkeit als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu begreifen ist – und nicht nur ein Problem für die Betroffenen darstellt. Neben diesem Informations- und Wissensgehalt über Muslimfeindlichkeit in Deutschland enthält der vorliegende Bericht Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Gesellschaft und versteht sich somit als Beitrag zur (Politik-)Beratung und hilft idealerweise auf politischer und behördlicher Ebene als Leitfaden bei Gestaltungsfragen und Entscheidungsfindungen.

Folgende Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis zivilgesellschaftlicher Organisationen waren an der Erstellung des Berichts beteiligt:

- **Karima Benbrahim**
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)

- **Saba-Nur Cheema**
Goethe-Universität Frankfurt am Main / Bildungsstätte Anne Frank
- **Dr. Yasemin El-Menouar**
Bertelsmann Stiftung
- **Prof. Dr. Karim Fereidooni**
Ruhr-Universität Bochum
- **Prof. Dr. Kai Hafez**
Universität Erfurt
- **Özcan Karadeniz**
Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V.
- **Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick**
Goethe-Universität Frankfurt am Main
- **Prof. Dr. Mathias Rohe**
Friedrich-Alexander- Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg
- **Prof. Dr. Christine Schirrmacher**
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Evangelisch-Theologische Fakultät (ETF), Löwen

Die weitere Befassung mit dem Abschlussbericht des UEM soll im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz vorgenommen werden. Hierzu ist auch eine Fachkonferenz im Herbst dieses Jahres geplant.

Der Bericht ist frei bestellbar und zum Download verfügbar unter <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI23006-muslimfeindlichkeit.html>.

■ Bundesinnenministerium veröffentlicht Gesetzesentwurf zum Staatsangehörigkeitsgesetz – Bundes Roma Verband nimmt Stellung

Das Bundesinnenministerium hat den Gesetzesentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt. Ziel des Gesetzes ist es den Weg zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu vereinfachen. Neben einigen Verbesserungen sieht der Entwurf aber auch Verschär-

fungen vor, zum Beispiel bei der Voraussetzung der Sicherung des Lebensunterhalts. Auch die Personengruppe "ungeklärte Staatsangehörigkeit" wurde nicht mitgedacht. Der Gesetzesentwurf kann [hier](#) online gelesen werden.

Der Bundes Roma Verband fordert in seiner Stellungnahme, dass hier geborene und aufgewachsene Roma-Kinder automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollten. Diese Forderung wird auch vom Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA) unterstützt. In Deutschland geborene und aufgewachsene Roma-Kinder sind häufig von der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen. Derzeit plant die Bundesregierung eine Überarbeitung des Gesetzes, jedoch fehlt darin die Möglichkeit für diese Kinder, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.bundesromaverband.de/stellungnahme-des-bundes-roma-verbandes-zum-referentenentwurf-des-bundesministeriums-des-innern-und-fuer-heimat/>.

■ Appell an die Bundesregierung: Keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlings-schutzes!

Mehr als 50 Organisationen, darunter die GGUA, appellieren an die Bundesregierung, ihre Pläne zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu überdenken. Das Bündnis fordert Innenministerin Nancy Faeser auf, ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden und keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes einzugehen.

Die Reformvorschläge könnten den Flüchtlingsschutz in Europa gefährden und bereits bestehende Probleme verschärfen. Die geplante Einführung verpflichtender Grenzverfahren und die Ausweitung des Konzepts der "sicheren Drittstaaten" werden zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen führen. Zudem würde das Dublin-System weiterhin Schwachstellen aufweisen und eine echte Solidarität innerhalb der EU verhindern.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern die Bundesregierung auf, gegen diese Reformvorschläge zu stimmen und sich stattdessen für menschenwürdige und faire Asylverfahren einzusetzen, den Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union sicherzustellen und ein solidarisches Aufnahmesystem zu schaffen, das die Bedürfnisse der Schutzsuchenden berücksichtigt.

Weiterführende Informationen finden sich unter https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gemeinsames-Statement_GEAS_16.05.2023_final.pdf.

■ Neues Positionspapier der AGJ: „Neutralität“ in der Kinder- und Jugendhilfe

Ein neues Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ beschäftigt sich mit dem Thema „Orientierungen und Positionierungen zum Neutralitätsgebot in der Kinder- und Jugendhilfe“. Ziel ist es, Trägern, Fachkräften und Ehrenamtlichen Orientierung zu bieten, wenn sie in der Praxis mit demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen konfrontiert werden.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://jugendhilfeportal.de//artikel/demokratisch-und-nicht-indifferent-orientierungen-und-positionierungen-zum-neutralitaetsgebot-in-der-kinder-und-jugendhilfe>.

■ Schutz von geflüchteten Kindern und Jugendlichen jederzeit sicherstellen

Gemeinsam mit 26 weiteren Organisationen, Stiftungen und Verbänden fordert das Deutsche Komitee für UNICEF anlässlich des für den 10. Mai 2023 geplanten Sondergipfels Bund, Länder und Kommunen auf, ihrer Verantwortung bei der Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen nachzukommen und den Kinderschutz beim Aufbau von Unterbringungskapazitäten stärker zu berücksichtigen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://jugendhilfeportal.de//artikel/schutz-von-gefluechteten-kindern-und-jugendlichen-jederzeit-und-ueberall-sicherstellen>.

Publikationen, Materialien, Ressourcen, Veröffentlichungen

■ Expertise: Abgeordnete mit Einwanderungsgeschichte in Landtagen & Bundestag

Menschen mit Migrationshintergrund sind in den Parlamenten deutlich unterrepräsentiert – in den Landtagen noch stärker als im Bundestag. Zu diesem Ergebnis kommen die Politikwissenschaftler Andreas M. Wüst und Henning Bergmann von der Hochschule München in einer Expertise für den MEDIENDIENST. Ihre Forschung zeigt außerdem: Es gibt große Unterschiede zwischen den Bundesländern und den Parteien.

Daten zur Frage, wie viele Abgeordnete einen Migrationshintergrund haben, werden nicht zentral erhoben. Es gibt Recherchen für den Bundestag und für Landtage, die sind jedoch lückenhaft. Im Projekt REPCANCE, das von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird, haben die beiden Politikwissenschaftler die Daten für die Jahre 2012 bis 2021 teilweise neu erhoben und aktualisiert.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-viele-abgeordnete-haben-migrationshintergrund.html>.

■ Charta der Vielfalt e.V. veröffentlicht Factbook Diversity

Was ist Diversity? Und was hat die Arbeitswelt damit zu tun? Wie kann nachhaltiges Diversity Management in Organisationen funktionieren? Im kürzlich von der Charta der Vielfalt e.V. veröffentlichten Factbook finden Sie alle Hard Facts rund um Diversity in der Arbeitswelt – und darüber hinaus. Im dazugehörigen Factsheet wurden die prägnantesten Zahlen noch einmal kompakt für zusammengestellt. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.charta-der-vielfalt.de/aktivitaeten/deutscher-diversity-tag/alles-fuer-ihre-aktion/factbook-factsheet/>.

■ Website Flucht-Gender.de online

Die Website ist der Situation, den Bedarfen und den Rechten von geflüchteten Mädchen und jungen Frauen gewidmet. Die Website sammelt Infor-

mationen zu Unterstützungsstrukturen, Beratungsangeboten, Publikationen, Kampagnen und Stellungnahmen

Die Inhalte richten sich in erster Linie auf die Belange geflüchteter Mädchen und junger Frauen aus. Jedoch versteht sich die Website auch als Instrument, um allen Menschen, die aus genderspezifischen Fluchtgründen ihr Land verlassen mussten, sowie ihren Unterstützer:innen Informationen bereitzustellen und die Bildung von Allianzen zu fördern.

Ziel dieses Projektes ist es, eine Vernetzung zwischen verschiedenen Akteur:innen herzustellen, die mit geflüchteten Mädchen und jungen Frauen und/oder für ihre Rechte aktiv sind. Dazu gehören z.B. Personen aus Beratungsstellen, aus Selbstorganisationen, aus der Wissenschaft und der Jugendhilfe.

Das Projekt und die Entstehung dieser Website werden durch die Stiftung Deutsche Jugendmarke und die Aktion Mensch gefördert.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://flucht-gender.de>.

■ Globale Datenbank für extremistische Symbole veröffentlicht

Das Global Project Against Hate and Extremism (GPAHE) hat kürzlich eine Online-Datenbank veröffentlicht, die mehr als 300 Hass- und rechtsextremistische Symbole aus verschiedenen Ländern umfasst. Die Datenbank stellt eine wichtige Ressource im Kampf gegen Extremismus dar und bietet Organisationen weltweit Unterstützung im Umgang mit rechtsextremen Ideologien.

Die Datenbank enthält Symbole, die eine Vielzahl von extremistischen Ideologien repräsentieren, darunter neo-nazistische, weiß-nationalistische, anti-LGBTQ+, anti-muslimische, antisemitische uvm. Sie bietet somit einen umfassenden Überblick über extremistische Bewegungen und deren Symbole.

Die GPAHE-Datenbank ist nicht nur ein wertvolles Werkzeug für Organisationen, die sich mit der

Überwachung und Prävention von Extremismus beschäftigen, sondern auch für Forscher:innen, Journalist:innen und Interessierte, die ein besseres Verständnis für die Vielfalt extremistischer Symbole weltweit gewinnen möchten.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://globalextrémism.org/global-extremist-symbols-database/>.

■ **Düsseldorfer Arbeitskreis „Rassismuskritische Schulen“ veröffentlicht Handreichung**

Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem macht auch vor Schulen nicht halt. Um die Düsseldorfer Schulen in den Bereichen Prävention und Intervention bei Rassismus zu unterstützen, hat sich im Jahr 2021 der Arbeitskreis „Rassismuskritische Schulen“ gegründet. Als erstes gemeinsames Produkt wurde nun die Handreichung „Wie Rassismus an Schulen begegnen?“ veröffentlicht und beim Fachtag „Düsseldorfer Schulen gemeinsam rassismuskritisch gestalten“ des Arbeitskreises am 14. Juni 2023 präsentiert. Die Handreichung bietet Schulleitungen, Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften einen Leitfaden, um rassismuskritische Maßnahmen nachhaltig im Rahmen eines Konzepts zum Schutz vor Rassis-

mus an ihrer Schule zu verankern. Hierfür vermittelt die Handreichung wichtige Grundkenntnisse über Rassismus und den Ansatz der Rassismuskritik als (Professions-)Kompetenz. Ebenfalls enthalten ist eine Sammlung von externen Ansprechpartner:innen und von Finanzierungsmöglichkeiten für Präventionsangebote.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.duesseldorf.de/amt-fuer-migration-und-integration/aktuell/detail/newsdetail/wie-rassismus-an-schulen-begegnen-1>.

■ **Smartphone App "SupportCompass"**

Die App SupportCompass, entwickelt vom Verein zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt (VBRG e.V.), bietet eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt oder Diskriminierung betroffen sind. Die App bietet die Möglichkeit schnell und unkompliziert Hilfe in Anspruch zu nehmen und bietet auch auf Wunsch die Option der Anonymität.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://verband-brg.de/supportcompass-beratung-app/>.

Förderungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen

■ **Wettbewerb "Mixed Up"**

Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung zeichnet mit dem Wettbewerb "Mixed Up" Projekte aus, die sich in Kooperations-teams der Herausforderung gelungener Partizipation innerhalb kultureller Bildungsprojekte stellen. Dazu werden drei Preise mit je 5.000 Euro vergeben. Der Bewerbungsschluss ist am 18. Juli 2023. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.jissa.de/foerderung/wettbewerbe/mixed-up.php?fromNewsletter=1>.

■ **Förderprogramm „Jugend erinnert“**

Im Programm JUGEND erinnert fördert die Stiftung EVZ gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt bi- und multilaterale Begegnungen Jugendlicher und junger Erwachsener an historischen Orten der NS-Verfolgung. Außerdem werden Projekte mit Fachkräften zur Erarbeitung von Konzepten für internationale Jugendbegegnungen gefördert. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/handlungsfelder-cluster/bilden-bewegt-zukunft/jugend-erinnert/>.

■ **Förderfonds „Vielfältig I(i)eben“**

Der Förderfonds „Vielfältig I(i)eben“ ermöglicht Kitas und Schulen bundesweit praxisorientierte und partizipative Projekte mit langfristiger Wirkung umzusetzen, um Diskriminierung vorzubeugen. Projekte, die sich mit dem Themenbereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt beschäftigen, können sich auf eine Förderung bewerben. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://jugendhilfeportal.de/artikel/foerderfonds-vielfaeltig-lieben>.

■ **Projektausschreibung "Demokratie: Jetzt! Junge Stimmen für die Zukunft"**

Das Deutsch-Französische Jugendwerk und die Bundeszentrale für politische Bildung haben die Projektausschreibung "Demokratie: Jetzt! Junge Stimmen für die Zukunft" für 2023 verlängert. Diese ist Bestandteil einer gemeinsamen Kooperation, die das Thema politische Bildung in den deutsch-französischen und trilateralen Programmen und Projekten vertiefen und neue, innovative Programmformate erarbeiten soll. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.dfjw.org/media/projektausschreibung-dfjw-demokratie-jetzt-2023.pdf>.

■ **DSEE-Förderprogramm für junge Initiativen und nicht gemeinnützige Organisationen**

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt fördert weiter gemeinwohlorientierte Projekte junger Menschen in nicht rechtsfähigen Initiativen oder nicht gemeinnützigen Organisationen mit einer Förderung von bis zu 500 Euro. Dieses Programm richtet sich an engagierte Personen in Deutschland, unabhängig von ihrer vielfältigen Ausrichtung. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung/jung-und-engagiert/>.

■ Workshop „Klar und sicher Kulturunterschiede und Rassismus unterscheiden“

Termine: 29. Juni 2023

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

<https://tinyurl.com/jyhruxda>

■ Jugendpolitisches Forum der djo „Jugend > Migration > Zukunft“

Termin: 6. Juli 2023

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

Deutsche Jugend in Europa

<https://djo.de/events/jugend-migration-zukunft-gemeinsam-mehr-bewegen/>

■ Seminar „Fake News, Verschwörungsmethoden und Halbwahrheiten. Handlungsstrategien im Umgang mit rassistischer Hetze im Netz“

Termin: 31. Juli bis 4. August 2023

Ort: Kochel am See

Info & Anmeldung:

Bayerisches Seminar für Politik e.V.

<https://www.baysem.de/kurssuche/kurs/Fake-News-Verschwörungsmethoden-und->

■ Seminar „Sündenböcke der Gesellschaft? – Gruppenbezogener Hass auf Juden, Muslime und Sinti und Roma in Deutschland“

Termin: 7. bis 11. August 2023

Ort: Kochel am See

Info & Anmeldung:

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

<https://tinyurl.com/yb83ewbd>

■ Runder Tisch „diskriminierungskritische Jugendverbandsarbeit“

Termin: 23. August 2023

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Deutscher Bundesjugendring

<https://www.dbjr.de/artikel/runder-tisch-diskriminierungskritische-jugendverbandsarbeit-am-230823>

■ Fortbildung „Umgang mit demokratiefeindlichen, menschenverachtenden und rechtsextremen Phänomenen in Jugendarbeit und Schule“

Termin: mehrere Termine August bis November 2023

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

cultures interactive e.V. – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention

<https://www.cultures-interactive.de/de/fortbildungskurs-farp.html>

■ Antirassismus-Workshops zu Kritischem Weißsein

Termin: mehrere Termine August bis November 2023

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Landesjugendring NRW e.V.

<https://tinyurl.com/4e7ap633>

■ Empowermentworkshop für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit sowie Kinder- und Jugendarbeit

Termin: 1. September 2023

Ort: Köln

Info & Anmeldung:

Landesarbeitsgemeinschaft Katholische

Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V.

<https://tinyurl.com/4ctwutch>

■ **Fortbildung „Was uns stärkt und was uns verbindet – Ein Empowermentraum für BIPoC*“**

Termin: 8. und 15. September 2023

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Fuma Fachstelle Gender & Diversity NRW

<https://www.gender-nrw.de/was-uns-staerkt/>

■ **Seminar „Das Dilemma der Gleichzeitigkeit – Von Rassismus betroffene Fachkräfte in der Bildungs- und Beratungsarbeit“**

Termin: 11. bis 12. September 2023

Ort: Frankfurt am Main

Info & Anmeldung:

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband

[https://pb-paritaet.de/veranstaltungen/fobi2023/seminar/322-](https://pb-paritaet.de/veranstaltungen/fobi2023/seminar/322-23%20Das%20Dilemma%20der%20Gleichzeitigkeit%20.htm)

[23%20Das%20Dilemma%20der%20Gleichzeitigkeit%20.htm](https://pb-paritaet.de/veranstaltungen/fobi2023/seminar/322-23%20Das%20Dilemma%20der%20Gleichzeitigkeit%20.htm)

[23%20Das%20Dilemma%20der%20Gleichzeitigkeit%20.htm](https://pb-paritaet.de/veranstaltungen/fobi2023/seminar/322-23%20Das%20Dilemma%20der%20Gleichzeitigkeit%20.htm)

■ **Empowerment für Fachkräfte der Mädchen*Arbeit**

Termin: 15. bis 17. September 2023

Ort: Wermelskirchen

Info & Anmeldung:

Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e.V.

maedchenarbeit-nrw.de/empowerment

■ **Fortbildung „Der Anti-Bias Ansatz“**

Termin: 20. bis 21. September 2023

Ort: Essen

Info & Anmeldung:

Fuma Fachstelle Gender & Diversity NRW

<https://www.gender-nrw.de/anti-bias-ansatz/>

■ **Deutsch-Israelischer Jugendaustausch als Wirkungsfeld gegen Antisemitismus – Fachseminar zur neuen Methodensammlung für Fachkräfte im Austausch**

Termin: 23. bis 26. September 2023

Ort: Heidelberg

Info & Anmeldung:

ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-

Israelischer Jugendaustausch

<https://sichtbar-handeln.org/2023/04/06/fachseminarbr-deutsch-israelischer-jugendaustausch-als-wirkungsfeld-gegen-antisemitismus/>

<https://sichtbar-handeln.org/2023/04/06/fachseminarbr-deutsch-israelischer-jugendaustausch-als-wirkungsfeld-gegen-antisemitismus/>

■ **Fortbildung „Antisemitismus erkennen, begegnen & vorbeugen“**

Termin: 26. bis 27. September und 24. bis 25.

Oktober 2023

Ort: Köln

Info & Anmeldung:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.

<https://www.koelnische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2023/05/Fortbildung-Antisemitismus-Flyer-2023.pdf>

In unserer Rubrik „Feier- & Gedenktage“ geben wir einen Ausblick auf die kommenden zwei Monate. Erläuterungen zu jedem Ereignis und eine Legende zu den einzelnen Symbolen finden sich auf unserer Website unter <https://www.idaev.de/researchetools/feier-und-gedenktage> oder in unserem Wandkalender unter <https://tinyurl.com/y4l5ndt9>. Wir freuen uns über Hinweise auf weitere Feier- & Gedenktage der Migrationsgesellschaft an info@IDAev.de.

JULI

01  Tag gegen antimuslimischen Rassismus
 01  Todestag von Marwa El-Sherbini

02  Gedenken Massaker Sivas

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18  Internationaler Nelson-Mandela-Tag

19

20

21

22

23

24

25

26

27  Wehrhahn-Anschlag

28

29

30  Welttag gegen Menschenhandel

31

AUGUST

01

02 Liquidation des sogenannten
Zigeunerlagers im KZ Auschwitz-Birkenau 

03  Völkermord an den Eziden 

04

05

06

07

08

09  Todestag von May Ayim
 Internationaler Tag der indigenen Bevölkerung

10

11

12  Internationaler Tag der Jugend

13

14

15

16

17

18

19  Welttag der Humanitären Hilfe

20

21  Internationaler Tag der Opfer des Terrorismus

22  Internationaler Tag der Opfer von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens 

23  Internationaler Tag der Erinnerung an den Sklavenhandel

24

25

26 Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 

27

28  Tag der Russlanddeutschen

29

30  Internationaler Tag der Verschwundenen

31

Legende

-  Muslimische Feier- und Gedenktage
-  Hinduistische Feier- und Gedenktage
-  Jüdische Feier- und Gedenktage
-  Christliche Feier- und Gedenktage
-  Buddhistische Feier- und Gedenktage
-  Feier- und Gedenktage von Sinti, Zigeunern und Roma
-  Kurdische Feier- und Gedenktage
-  Alevitische Feier- und Gedenktage
-  Feier- und Gedenktage der Bahai
-  Ezidische Feier- und Gedenktage
-  Feier- und Gedenktage Schwarzer Menschen
-  Feier- und Gedenktage von LSBT*IQ
-  Feier- und Gedenktage von Frauen
-  Feier- und Gedenktage von Menschen mit Behinderung
-  Feier- und Gedenktage bzgl. des Lebensalters
-  Gedenktage bzgl. des Nationalsozialismus
-  Gedenktage gegen Rechtsextremismus
-  Gedenktage gegen Rassismus
-  Feier- und Gedenktage für Menschenrechte/Demokratie
-  Feier- und Gedenktage der deutschen Migrationsgeschichte
-  Sonstige humanitäre internationale Feier- und Gedenktage
-  Sonstige besondere Tage

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion:

Sebastian Seng, Lea Winterscheidt, Ahmed Harun Oral; V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. August 2023

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.